

G>> *Gemeinsam für mehr Gerechtigkeit*

Wir fordern daher:

- >> Finanztransaktionssteuer*
- >> Reform der Absetzbarkeit
von Managergehältern*
- >> Reform der
Gruppenbesteuerung*
- >> Millionärssteuer
ab 1 Mio. Euro*
- >> Entlastung der mittleren
Einkommen*



Gemeinsam für mehr Gerechtigkeit

Die SPÖ kämpft für mehr Gerechtigkeit im Steuersystem. Unser Ziel: Die Reichsten im Land sollen einen Beitrag leisten. Im Gegenzug soll der Mittelstand steuerlich entlastet werden.

SPÖ-Vorsitzender, Bundeskanzler Werner Faymann hat ein „Programm zu vermögensbezogenen Steuern und Entlastung des Faktors Arbeit“ vorgelegt. **Kern des Programms: Eine Millionärssteuer, die private Vermögen ab 1 Million Euro besteuert.** Das reichste Prozent der Bevölkerung, rund **80.000 Euro-Millionäre**, sollen einen Beitrag leisten. **Betriebe, Häuslbauer oder Besitzer einer Eigentumswohnung sind davon nicht betroffen.** Ausnahmen soll es auch für den Hausrat geben. Besteuert werden bei dieser Form der Vermögenssteuer **Vermögensteile über 1 Million Euro**. Wer also privates Vermögen von 1,4 Mio. Euro besitzt, zahlt die Steuer für 400.000 Euro. Basis ist das Nettovermögen - ein Kredit wird abgezogen.

„Es geht darum, bei den reichsten 80.000 Österreichern einen Beitrag für die Allgemeinheit zu bekommen.“ (SPÖ-Vorsitzender, Bundeskanzler Werner Faymann)

Schiefelage im Steuersystem beseitigen

Alle internationalen Studien zeigen: In Österreich ist Vermögen extrem niedrig besteuert, Arbeit dagegen sehr hoch. Die Vermögen sind ungleich verteilt.

- Laut dem Sozialbericht der Bundesregierung besitzt das reichste Prozent in Österreich 34 Prozent des Gesamtvermögens (Finanzwerte und Immobilienwerte). Internationale Studien zu den rund **80.000 heimischen Millionären** gehen davon aus, dass diese alleine ein Geldvermögen von **230 Mrd. Euro** verwalten. Es wird prognostiziert, dass dieser Wert binnen drei Jahren auf **315 Mrd. Euro** steigen wird.
- Die **Einnahmen aus vermögensbezogenen Steuern** in Österreich betragen laut OECD-Vergleich 2009 gemessen am BIP **nur 0,5 %** und gehören damit zu den geringsten im internationalen Vergleich. In **Großbritannien** betragen diese **Einnahmen 4,2 % des BIP** und in den **USA 3,2 %**. (Quelle: OECD)
- Bei der Besteuerung des Faktors Arbeit liegt Österreich dagegen deutlich über dem OECD-Schnitt, und zwar auf Platz 5 aller OECD-Länder.

5-Punkte-Programm für mehr Verteilungsgerechtigkeit und Entlastung des Mittelstandes

- **Finanztransaktionssteuer**
Besteuerung aller Transaktionen von Wertpapieren; stabilisiert auch Finanzmärkte; erstes Ziel: Einführung in der Euro-Zone
- **Managergehälter und Boni - Absetzbarkeit beschränken**
Managergehälter und Boni sollen ab 500.000 Euro nicht mehr als Betriebsausgaben steuerlich abgesetzt werden können.
- **Reform der Gruppenbesteuerung**
Die Verlustanrechnung für ausländische Konzerntöchter im Inland soll zeitlich befristet werden.
- **Millionärssteuer für Privatvermögen ab 1 Mio. Euro.**
Vermögenssteuer auf Privat-Vermögensanteile über 1 Million Euro (nicht Betriebe); betrifft rund 1 Prozent der Bevölkerung (80.000 Personen). „Häuslbauer“ sind davon nicht betroffen.
- **Mittelstand entlasten**
Der Faktor Arbeit und die mittleren Einkommen sollen im Gegenzug entlastet werden; sie tragen derzeit die höchste Steuerlast.

Was die SPÖ schon erreicht hat

Selbst wenn es beim Koalitionspartner noch Widerstand gegen eine Vermögenssteuer gibt: Auch bei der Bankenabgabe war die ÖVP zuerst strikt dagegen, die SPÖ hat sie aber letztes Jahr durchgesetzt. Gemeinsam mit anderen Reformen wurden damit erstmals seit langem wieder vermögensbezogene Steuern in unser Steuersystem eingeführt.

1. Bankenabgabe - bringt insgesamt mehr als 2 Mrd. Euro bis 2014

Auf Initiative von Bundeskanzler Werner Faymann hat die Regierung eine Bankenabgabe eingeführt, die dem Staatshaushalt seit heuer pro Jahr mehr als 500 Mio. Euro einbringt. Ein Monitoring der Konsumentenschützer des Bankenmarktes hat ergeben, dass diese Abgabe nicht über die Gebühren auf die Kunden abgewälzt wird.

2. Einschränkung der Stiftungsprivilegien und mehr Transparenz - bringt mehr als 300 Mio. Euro bis 2014

Die SPÖ hat erreicht, dass Stiftungsprivilegien stark eingeschränkt wurden. Der so genannte Zwischensteuersatz wurde von 12,5 Prozent auf 25 Prozent erhöht. Weiters wird nunmehr die Übertragung von Grundstücken seitens juristischer Personen an Stiftungen besteuert.

3. Vermögenszuwachssteuer (Wertpapier-KEST) - bringt rund 400 Mio. Euro bis 2014

Die Spekulationsfrist bei Aktiengewinnen wurde gestrichen, eine Endbesteuerung für Wertpapiergewinne eingeführt. Diese Kapitalertragssteuer wird bei den Banken einbehalten und direkt abgeführt. Steuerhinterziehung und -betrug wird damit ein Riegel vorgeschoben.

4. Änderung Konzernbesteuerung - bringt rund 600 Mio. Euro bis 2014

Die Finanzierungszinsen beim Kauf von Konzerntöchtern sind nicht mehr steuerlich absetzbar, die Mitfinanzierung von Firmenkäufen durch die öffentliche Hand für Konzerngruppen wurde somit abgeschafft.

5. Kampf der Steuerhinterziehung

Das Finanzministerium ist beauftragt, verstärkte Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung, eine Offensive zur Einbringung aushaftender Steuerschulden sowie verschärfte Kontrollen bei der MwSt-Rückerstattung an ausländische Unternehmen umzusetzen. Auch dadurch sollen mehrere hundert Millionen Euro pro Jahr mehr für das Budget zur Verfügung stehen.

Fragen und Antworten

Finanztransaktionssteuer

In Europa gibt es dafür keine Mehrheit und Österreich alleine ist zu klein dafür!?

Bundeskanzler Werner Faymann war einer der ersten Regierungschefs in der EU, der sich für eine Finanztransaktionssteuer (FTS) ausgesprochen hat. Schon im Mai 2008, Monate vor der Lehmann-Pleite und bevor das ganze Ausmaß der globalen Finanzkrise sichtbar wurde, forderte er, schärfer gegen Spekulanten vorzugehen. Damals war praktisch kein EU-Land auf unserer Seite. Aber das beharrliche Drängen auf einen Beitrag der Spekulanten hat sich gelohnt: Mittlerweile sind die Regierungen in einer Mehrheit der EU-Staaten - auch konservative wie in Frankreich und Deutschland - für eine FTS, ebenso das Europäische Parlament. Auch die EU-Kommission hat die FTS in ihrem Budget-Entwurf für 2014-2020. Jetzt geht es darum, weiter Druck zu machen, damit diese Steuer auf Spekulationen möglichst bald Realität wird.

Ist der Finanzmarkt nicht schon genug geschädigt? Eine zusätzliche Steuer würde diesen doch komplett zerstören?

Marktversagen der Finanzmärkte hat die Krise 2008 ausgelöst und die Weltwirtschaft und somit auch Österreich in die schlimms-

te Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren gestürzt. Daher ist es nur gerecht, dass von den Finanzmärkten ein Beitrag zur Konsolidierung des Staatshaushaltes gefordert wird.

Eine europaweit koordinierte Finanztransaktionssteuer ist effizient und bringt ein hohes Steueraufkommen bei geringem Steuersatz. Eine Transaktionssteuer verteuert die kurzfristige Spekulation und wirkt damit auch stabilisierend auf die Finanzmärkte. Mit der FTS sollen die hochriskanten Spekulationen eingedämmt werden, denn diese haben die Krise auch mitverursacht.

Wird Europa dann nicht für Anleger uninteressant?

Nein, Anleger orientieren sich ja nicht nur an steuerlichen Rahmenbedingungen, sondern es gibt eine Vielzahl von Faktoren, warum sich Anleger bestimmte Aktientitel an bestimmten Börsen aussuchen. Seriöse Anleger, die an stabilen positiven Entwicklungen Interesse haben, werden dadurch nicht abgeschreckt.

Wieso wurde diese noch nicht in Österreich eingeführt?

Auf Druck der SPÖ wurden in Österreich bereits eine Vermögenszuwachssteuer, die so genannte Wertpapier-KESt eingeführt. Damit wurde die Spekulationsfrist bei Aktiengewinnen gestrichen

und eine Endbesteuerung für Wertpapiergewinne eingeführt. Bei der Finanztransaktionssteuer ist das Ziel, sie in einem ersten Schritt in der Euro-Zone einzuführen.

Managergehälter

Bringt das wirklich so viel? So viele Top-Manager gibt es ja nicht!

Die Beschränkung der Absetzbarkeit von Managergehältern und Boni ist ein Teil eines Programms für vermögensbezogene Steuern. Sie bringt immerhin bis zu 30 Mio. Euro jährlich. Angesichts der Tatsache, dass die Gagen von Österreichs Top-Managern laut einer Analyse der AK wieder auf Vorkrisenhöhe liegen, ein gerechter Beitrag. Ein ATX-Vorstand verdiente 2010 durchschnittlich 1,15 Mio. Euro, um ein Fünftel mehr als im Vorjahr. Ein Top-Vorstand erhält das 41-fache eines durchschnittlich Beschäftigten an Gage, vor zehn Jahren war es noch das 20-fache, so die AK. Insofern ist es auch ein wichtiges Symbol für Gerechtigkeit, wenn etwa die Banken, denen die Steuerzahler aus der Krise geholfen haben, einen Beitrag leisten.

Wandern die Spitzenkräfte dann nicht ab?

Österreich ist ein Land mit einer hervorragenden Lebensqualität, mit einem hohen Sicherheitsstandard und sozialem Frieden. Dass dies erhalten bleibt, daran haben auch Spitzenverdiener ein vitales Interesse. Ein Beitrag dieser

Top-Verdiener zu mehr Verteilungsgerechtigkeit ist angemessen und gerecht angesichts der wieder gestiegenen Löhne.

Gruppenbesteuerung

Gefährdet das nicht den Wirtschaftsstandort?

Nein, weil mit der vorgeschlagenen Reform der Gruppenbesteuerung würde man nur auf das europäische Durchschnittsniveau bei Unternehmenssteuern kommen. Für die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts sind außerdem auch andere Faktoren ausschlaggebend: Ausbildung und Qualität der MitarbeiterInnen, Infrastruktur, Sicherheit, geografische Lage etc.. Steuern finden sich in Untersuchungen immer nur im Mittelfeld bei der Standortentscheidung eines Unternehmens.

Was würde die Änderung wirklich bringen?

Die von der SPÖ vorgeschlagene Reform – die Verlustanrechnung von ausländischen Konzern-töchtern auf drei Jahre rückwirkend zu befristen – bringt zwischen 50 und 100 Mio. Euro im Jahr.

Millionärssteuer

Wen trifft die Millionärssteuer?

Knapp ein Prozent – nicht ganz 80.000 Personen – haben ein Nettovermögen über 1 Mio. Euro. Diese sollen für Vermögensteile ÜBER 1 Mio. Euro eine Vermögenssteuer mit niedrigem Steuersatz – zwischen 0,3 und 0,7 Prozent – zahlen.

Das trifft doch auch die Häuselbauer, Bauern und Kleinunternehmer?

Nein, der Freibetrag von einer Mio. Euro, für den keine Vermögenssteuer gezahlt werden muss, sichert, dass Häuselbauer und Wohnungsbesitzer nicht betroffen sind. Die Basis ist außerdem das Nettovermögen, d.h. Kredite werden abgezogen. Auch für Betriebe wird es Ausnahmen geben, um keine Arbeitsplätze zu gefährden. Ziel sind die großen Privatvermögen, die eben rund 1 Prozent der Bevölkerung haben.

Ziehen die Millionäre dann nicht einfach ihr Vermögen ab bzw. nutzen Schlupflöcher?

Österreich mit seinen extrem niedrigen Vermögenssteuern ist mittlerweile ohnehin ein Steuerparadies für Millionäre. Und wer Villen in Kitzbühel und am Wörthersee besitzt, wird wegen einem niedrigen Steuersatz zwischen 0,3 und 0,7 Prozent nicht auswandern. Im übrigen gibt es auch in anderen Ländern eine Diskussion, dass die Reichsten einen größeren Beitrag zur Verteilungsgerechtigkeit leisten sollten.

keit leisten. Millionäre etwa in den USA, aber auch in Deutschland, sind schon von sich aus an die Öffentlichkeit gegangen und haben ihren Willen bekundet, mehr für die Allgemeinheit beizutragen.

Wie soll das Vermögen denn festgestellt werden? Kommt ein Finanzbeamter ins Haus und schnüffelt herum?

Das Vermögen wird per Selbstdeklaration bekanntgegeben, nachschauen kommt also niemand. Wie bei der Einkommenssteuer: Wer neben seinem Beruf noch eine Nebentätigkeit mit Einkommen hat, muss dies ja auch selbst in der Steuererklärung angeben. Wenn ich das nicht tue, ist das Steuerbetrug. Dass auch bei einer Vermögenssteuer Selbstdeklaration möglich ist, zeigen übrigens auch Länder wie Frankreich, die eine solche Steuer schon lange haben.

Ist da der Verwaltungsaufwand nicht größer als das, was die Steuer bringt?

Je nach Steuersatz (0,3 bis 0,7 Prozent) sind Einnahmen zwischen 500 Mio. Euro und 2 Mrd. Euro möglich - eine Millionärssteuer bringt also durchaus etwas für das Budget, mit dem man dann die mittleren Einkommen entlasten kann.

Hat Österreich nicht schon genug Steuern?

Ja, Österreich hat eine hohe Steuerquote – aber die falschen Steuern! Österreich liegt bei der Besteuerung von Vermögen im OECD-Vergleich

an vorletzter Stelle. Arbeit wird hingegen sehr hoch besteuert. Diese Schieflage soll korrigiert werden. Die SPÖ will: Der Mittelstand soll entlastet werden, Reiche einen größeren Beitrag leisten.

Was wird als Vermögen gewertet?

Große Immobilien, Geldvermögen oder Goldbesitz sollen von der Steuer erfasst sein. Betriebe sind ausgenommen, ebenso der Hausrat.

Wird das gesamte Vermögen besteuert, oder nur, was über eine Million hinausgeht?

Es wird nur Vermögen besteuert, das über eine Million Euro hinausgeht. Hat also jemand ein Vermögen von 1,3 Mio. Euro, zahlt er Steuer für 300.000 Euro.

Wieso keine Erbschafts- oder Schenkungssteuer – das Einkommen wurde ja schon besteuert?

Die SPÖ hat ein 5-Punkte-Programm vorgelegt, das an vermögensbezogenen Steuern u.a. die Millionärssteuer, Reformen bei Managergagen und der Gruppenbesteuerung, die Finanztransaktionssteuer und im Gegenzug die Entlastung mittlerer Einkommen vorsieht. Über dieses Programm soll mit dem Koalitionspartner in einer Arbeitsgruppe verhandelt werden. Die SPÖ ist aber offen für andere Vorschläge der ÖVP, wie unser Steuersystem gerechter wird.

Zuerst Reformen (beim Staat sparen) dann neue Steuern!

Es geht um mehr Gerechtigkeit. In Österreich sind Vermögen extrem niedrig, Arbeit bzw. Löhne extrem hoch besteuert. Diese Schieflage wollen wir beseitigen. Gleichzeitig müssen wir natürlich die Kosten der Bürokratie durch viele Einzelmaßnahmen senken. Das passiert auch, aber da gibt es noch viel zu tun. Was die Sozialdemokratie aber verhindern wird, ist rücksichtsloses Sparen bei Gesundheit, Bildung oder Pflege.

Werde ich jetzt bestraft weil ich immer fleißig war und brav gespart habe?

Nein. Im Fokus der Millionärssteuer sind jene riesigen Vermögen, die meist durch Erbschaft entstanden sind und wo Gewinne alleine durch Zinsen gemacht werden. Jene, die jahrzehntelang auf ein Haus oder eine schöne Wohnung gespart haben, werden nicht betroffen sein.

Beispiele für die Millionärssteuer – wen sie trifft, wen nicht

Beispiel 1

Vermögen: Kleingartenhaus	90.000 Euro
Sparbuch:	50.000 Euro
Unter einer Million Euro, daher Steuerpflicht:	0 Euro

Beispiel 2

Vermögen: Wohnung, Hauptwohnsitz, im Wert von	400.000 Euro
Sparbuch:	150.000 Euro
drei Oldtimer:	60.000 Euro
Unter einer Million Euro, daher Steuerpflicht:	0 Euro

Beispiel 3

Vermögen: Hauptwohnsitz plus Garten im Wert von	1,100.000 Euro
darauf Hypothekar-Kredit von	400.000 Euro
Steuerbasis:	700.000 Euro
Steuerpflicht:	0 Euro

Beispiel 4

Vermögen: Villa am Wörthersee mit Grundstück, kein Hauptwohnsitz, im Wert von	1,500.000 Euro
Freibetrag:	1 Mio. Euro
Steuerbasis:	500.000 Euro
Steuerpflicht:	1.500 bis 3.500 Euro pro Jahr

Steuerliche Entlastung des Mittelstandes

Welche Einkommensgruppen können mit einer Entlastung rechnen?

Einkommen im Bereich von 2.000 bis 4.500 Euro brutto sollen spürbar entlastet werden. Sie tragen derzeit die höchste Belastung.

Können wir uns das überhaupt leisten und wann soll das kommen?

So schnell wie möglich, wenn der finanzielle Spielraum da ist. Aus den Einnahmen der Millionärssteuer könnte ein Teil der Mittelstands-Entlastung finanziert werden. Österreich muss aber natürlich auch seine Staatsschulden reduzieren und unter die Drei-Prozent-Defizitquote kommen. Gleichzeitig muss es Maßnahmen geben, welche die Kaufkraft stärken und das Wachstum unterstützen.

www.spoe.at
direkt@spoe.at • tel: 0810 810 211

Medieninhaber und Herausgeber:
SPÖ Bundesgeschäftsstelle, Löwelstraße 18, 1014 Wien
Layout und Grafik: SPÖ